Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

Insertionspreis [illegible] Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis [illegible] Pfg., Reklamen 45 Pfg., alles mit [illegible]% Teuerungszuschlag. Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresumsätzen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. 45 Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk., für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Strikte Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen versch. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Königliche Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 19. | **Mittwoch den 23. Januar 1918.** | **77. Jahrg.**

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Die kurze Lebensdauer der Konstituante.

Der erste Friedensschluß.

Trotzkis Rückkehr nach Petersburg ist der Abschluß der Friedensverhandlungen mit der Ukraine auf dem Fuße gefolgt. Ob hier nur ein äußerlicher Zusammenhang vorliegt oder ob die Entfernung Trotzkis von Brest-Litowsk die Herren aus Kiew erst eigentlich in den Stand gesetzt hat, ihre Aufgabe nach eigenem Willen zu fördern und zu beendigen, kann dahingestellt bleiben; fürs erste genügt uns die Tatsache, daß im Osten nunmehr wirklich das Morgenrot einer neuen Zeit angebrochen ist. Noch fehlen die formellen Unterschriften unter den Vereinbarungen, die binnen kürzester Zeit nachgeholt werden sollen, aber die Unterhändler sind offenbar mit dem Bewußtsein auseinandergegangen, daß sie nicht umsonst gearbeitet haben, und daß in der Tat „Friede und Freundschaft" zwischen den von ihnen vertretenen Ländern vor der Türe stehen." Damit ist ein großer Schritt nach vorwärts getan.

Genau genommen ist allerdings die Ukraine nicht das erste Land, das losgelöst von der Zentralregierung in Petersburg sich mit uns verständigt hat. Mit gutem Beispiele vorangegangen ist bereits zu Anfang des Jahres das frühere Großfürstentum, die jetzige Republik Finnland. Hier bedurfte es indessen keiner besonderen Friedensverhandlungen. Das Land war während des Krieges von den Russen wie ein besetztes Gebiet behandelt worden, eine unmittelbare Kampfberührung mit uns fand nicht statt, so hoch nach Norden stiegen die Frontlinien nicht hinauf, und als ihm die Revolution die völlige Lostrennung von Rußland ermöglichte, konnten seine Vertreter ohne jede Schwierigkeit über das neutrale Schweden den Weg zu uns finden und von der deutschen Regierung die Anerkennung der Selbständigkeit ihres neuen Staatswesens erbitten. Nach kurzer Bedenkfrist wurde sie ausgesprochen, und seitdem leben wir mit diesem ehemals russischen Lande im besten Einvernehmen. Anders liegen die Dinge mit der Ukraine. Hier handelte es sich um eine Reihe von russischen Gouvernements, deren wichtigste dem Kriegsschauplatz mehr oder weniger unmittelbar benachbart lagen, die zum Teil von der Frontlinie direkt durchschnitten wurden und im Grunde nicht mehr anstrebten als eine verwaltungstechnische Zusammenfassung ihres Gebiets unter Gewährung weitgehender Selbstbestimmungsrechte. Erst nach und nach erweiterten sich diese Absichten bis zu voller staatlicher Selbständigkeit, während es auch jetzt noch nicht ganz ausgemacht ist, ob die Verbindung mit dem russischen Gesamtstaate wirklich mit Stumpf und Stil gelöst werden soll. Die Ukrainer sind offenbar von der Macht der Ereignisse über jene Linie hinausgedrängt worden, die sie ursprünglich aus Nützlichkeitsgründen einhalten wollten. Niemand kann wissen, wie lange es dauern wird, bis in Petersburg und Moskau wieder dauerhafte Zustände geschaffen sein werden, und so lange untätig zu warten, ist nicht jedermanns Sache. Vor allem nicht Sache der Ukrainer, die doch mehr Sinn für staatliche Ordnung und für den Segen freundlicher Nachbarbeziehungen ihr Eigen nennen als er anscheinend bei den Maximalisten anzutreffen ist. So entsandten sie Bevollmächtigte zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk, die offenbar Anweisung empfangen hatten, ihr Verhalten je nach dem Auftreten der Trotzki und Genossen einzurichten. Grundsätzlich sollte an dem Standpunkt, daß die Ukraine nur weitgehende staatliche Selbständigkeit innerhalb des Rahmens einer großrussischen Gesamtrepublik anstrebe, festgehalten werden, wenn aber die Petersburger Delegierten sich unversöhnlich zeigten und das baldige Zustandekommen des Friedens gefährdeten, so sollte jede Rücksichtnahme auf sie fallengelassen werden. Also besannen sie sich nicht einen Augenblick. In vertraulichen Besprechungen mit den Vertretern des Vierbundes gingen sie geradeswegs auf ihr Ziel los: einen vernünftigen, ehrenvollen und Dauer versprechenden Frieden zu suchen. So unfruchtbar die spitzigen Redekämpfe zwischen Kühlmann und Trotzki sich ausnahmen, so ergiebig waren die rein auf das praktische gerichteten Verhandlungen mit den Vertretern dieser neuen Republik. Auch sie besitzen theoretisch vorzüglich geschulte Leute, aber Männer, die sich nicht einbilden, daß es ihnen am Verhandlungstische gelingen könnte, die bürgerlichen Staaten, mit denen sie es zu tun hatten, durch revolutionäres Gerede aus dem Sattel zu heben. Mit ihnen sprach man von Warenaustausch und Meistbegünstigung, von Schutzzöllen und Staatsmonopolen, und ehe man sich's recht versah, war die Einigung über alle Hauptfragen erreicht. So kann jetzt an die Unterzeichnung des Paktes geschritten werden.

Damit ist noch nicht viel, aber doch immerhin etwas erreicht. Wir dürfen natürlich nicht vergessen, daß die Ukraine noch ein unfertiges Staatsgebilde ist, das erst noch durch eine Zeit harter Arbeit an sich selbst hindurchgehen muß, ehe es seine Kräfte nach außen hin voll wirkentfalten können. Sie wird sich auch gegen ihr Stammland nicht so abzuschließen vermögen, daß dessen unruhevolle Schicksale sie nicht mitberühren sollten. Und die Entente wird gewiß die Hände nicht in den Schoß legen, sondern der jungen Republik so viele Schwierigkeiten zu bereiten suchen, daß sie alles andere als ein leichtes Leben haben wird. Aber trotz alledem: nur dem Mutigen gehört die Welt, und an dieser Charaktereigenschaft fehlt es den Männern nicht, die das Schicksal der Ukraine in ihre Hand genommen haben. Sie haben der Welt bewiesen, daß der Friede zu haben ist, wenn man ihn nur ehrlich will, und daß die Mittelmächte nicht daran denken, Bedingungen zu stellen, die von irgendeinem ihrer Gegner als unerfüllbar bezeichnet werden dürfen. Das ist ein Gewinn, der hoffentlich fortwirken wird. Warten wir ab, wer sich als Nächster melden wird, um dem Beispiel der Ukraine zu folgen.

*

Die vorläufigen Bedingungen.

Die Bedingungen, die als Grundlage für den abzuschließenden Friedensvertrag zwischen den Mittelmächten und der Ukraine festgesetzt wurden, lauten:

Der Kriegszustand soll als beendet erklärt und der Entschluß der Parteien bekräftigt werden, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben.

Die an der Front einander gegenüberstehenden Truppen sollen mit Friedensschluß zurückgezogen werden.

Alle Beteiligten sind darüber einig, daß der Friedensvertrag für die sofortige Aufnahme eines geregelten wirtschaftlichen und rechtlichen Verkehrs Vorsorge zu treffen haben wird.

Auch diplomatische und konsularische Beziehungen sollen alsbald aufgenommen werden.

Auf beiden Seiten war man sich darüber einig, daß die zur Verständigung mit den heimischen verantwortlichen Stellen notwendige Aussetzung der Verhandlungen so kurz als möglich bemessen wird. Bei allen Abordnungen erklärte man sich deshalb bereit, sofort nach Brest-Litowsk zurückzukehren und sodann im Rahmen der erteilten Ermächtigungen den Friedensvertrag abzuschließen und zu unterzeichnen.

Der Krieg.

Verbandskriegsrat über Saloniki.

Der Kriegsrat von Versailles erörterte dieser Tage eine Denkschrift, die nach französischen Zeitungen die Zurückziehung der Truppen aus Saloniki dringend empfahl. Die englischen Vertreter setzten sich für den Vorschlag Sarrails ein. Auch Amerika lehnte ab, Teile seiner Truppen nach Saloniki gehen zu lassen.

*

Die gesprengte Konstituante.

Kanonen und Gewehre im Parlament.

Petersburg, 21. Januar.

Gestern trat der Ausführende Hauptausschuß der Sowjets der Arbeiter, Bauern und Soldaten zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen und beschloß um halb zehn Uhr abends die Auflösung der verfassunggebenden Versammlung.

Mit diesem Beschluß ist die gesetzgebende Versammlung, auf die man in Rußland so große Hoffnungen gesetzt hatte, als endgültig aufgelöst zu betrachten. Das Ergebnis kommt denen nicht überraschend, die die Entwicklung der innerrussischen Bewegung in den letzten Wochen aufmerksam verfolgt haben. Die Maximalisten wollen nur eine Regierung, die auf der Macht der Soldaten, Arbeiter und Bauern beruht. Damit ist das übrige Rußland nicht einverstanden. Der Zwiespalt, der seit Wochen immer deutlicher in Erscheinung trat, ist in der Konstituante zum vollen Ausbruch gekommen.

Der Verlauf der Sitzung.

Die Maximalisten, von vornherein entschlossen, der Mehrheit ihren Willen aufzudrängen, hatten das Haus militärisch besetzen lassen. Maximalistische Matrosen mit aufgepflanztem Bajonett hielten in den Gängen Wache. Am Eingang waren zwei Feldgeschütze aufgestellt. Namens der Maximalisten wurde unmittelbar nach der Eröffnung eine „Erklärung der Arbeiterrechte" verlesen, die verlangt, daß die russische Republik der Sowjets das Privateigentum abschafft und das Eigentum der Arbeiter an ihrer Arbeit und den Arbeitszwang einführt, daß die Arbeiter bewaffnet und die müßigen Klassen entwaffnet werden, daß eine sozialistische Armee geschaffen und die Anleihen für ungültig erklärt werden. Die Erklärung schließt:

Die Konstituante anerkennt, daß sie nach den Grundsätzen gewählt sei, die für die Oktober-Revolution geltend waren, und sie sei daher folgerichtig nicht berechtigt, sich gegen die Sowjet-Regierung aufzulehnen.

Die konstituierende Versammlung beschloß mit 273 gegen 140 Stimmen, die Beratung der Erklärung der Arbeiterrechte zu vertagen; daraufhin verließen die Bolschewiki und die linksstehenden Sozialrevolutionäre den Saal. Die zurückbleibenden Sozialrevolutionäre der Rechten nahmen trotz der Drohungen der bewaffneten Matrosen in aller Eile ihre Maßnahmen betreffend den Grund und Boden an sowie den Vorschlag, an die kriegführenden Abordnungen zu schicken, um einen Weltfrieden herzustellen. Um 4 Uhr morgens wurde die Versammlung durch die Matrosen aufgelöst.

Streit um die Friedensverhandlungen.

Nach Berichten Schweizerischer Blätter kam es in den Straßen Petersburgs zu blutigen Schlachten. Es fanden Massenverhaftungen statt. Nach denselben Quellen kam es in der gesetzgebenden Versammlung zum Streit über die Friedensverhandlungen. Ein Teil der Versammlung wollte sich nicht mit der Art und Weise einverstanden erklären, in der die Verhandlungen geführt werden. Tschernow stellte fest, daß Rußlands Friedenswille bei den Zentralmächten kein Echo gefunden habe, da die Zentralmächte planten, einen Frieden auf Kosten Rußlands zu schließen. Die Konstituante müßte die Rettung Rußlands in der Einberufung eines internationalen Sozialistenkongresses suchen.

*

Der Haftbefehl gegen König Ferdinand bestätigt.

Eine Petersburger Zeitung meldet, daß der Befehl der Volksbeauftragten, den König von Rumänien zu verhaften, sich bestätige. Der revolutionäre Ausschuß der 9. russischen Armee sandte den rumänischen Militärbehörden ein Ultimatum, in dem er freien Durchzug der russischen Truppen durch Jassy verlangt.

Maximalistische Blätter melden aus Kischinow, daß zahlreiche rumänische Abteilungen mit den maximalistischen Abteilungen gemeinsame Sache machen und die Abschnittkommandanten absetzen. Zwischen den regierungstreuen und maximalistischen Truppen finden blutige Kämpfe statt. Jassy wird von maximalistischen Truppen beschossen.

*

Lloyd George an die Arbeiter.

Neue Erklärungen über Englands Kriegsziele.

In der Rede, die Lloyd George an die Vertreter der Arbeiter zur Begründung der Erhöhung der Altersgrenze für die militärische Dienstpflicht auf 55 Jahre hielt, kam er auf eine Anfrage auch auf die Freiheit des Meeres zu sprechen. Er führte dabei aus, daß England sich vor einer Störung seines Küstenschutzes und seiner Handelsschiffahrt schützen müsse. Dann sagte er über die Kriegsziele des Verbandes:

Durch die Vorgänge in Rußland ist eine einheitliche Verbandserklärung unmöglich geworden. Die Verhandlungen seien durch die Forderungen der früheren russischen Regierung schwierig geworden, weil die Verbündeten ohne Zustimmung Rußlands Konstantinopel als Kriegsziel nicht fallen lassen konnten.

Zum Schluß gab der Premierminister noch Auskunft über seine Erklärung hinsichtlich Elsaß-Lothringens.

Für Frankreich war Elsaß-Lothringen 40 Jahre lang eine offene Wunde. Die Ansicht Frankreichs ist, daß es keinen Frieden gibt, ohne daß diese Frage ein für allemal erledigt ist. Das Volk Elsaß-Lothringens hat nie aufgehört zu klagen und es besteht kein Zweifel, daß die Mehrheit für Rückkehr unter französische Flagge ist.

Zum Schluß meinte Lloyd George, Englands Arbeiter müßten durch den Sieg dafür sorgen, daß der Dienstpflicht in den anderen Ländern ein Ende gemacht werde, dann könne sie auch in England beseitigt werden.

*

Die Lage im Osten.

Über die Lage in Rußland erfahren wir, daß die Meldungen aus Petersburg selbst an der russischen Front als ein neuer Beweis angesehen werden dafür, daß die Maximalisten entschlossen sind, ihre Macht unter allen Umständen, wenn es sein muß, mit Waffengewalt aufrecht zu erhalten. Petersburg soll sich vollständig in den Händen der Roten Garde befinden. Die Vorgänge in der Hauptstadt werden selbst von den russischen Truppen als ein schreiender Widerspruch gegenüber den Theorien vom Selbstbestimmungsrecht usw. angesehen, die die Führer der Bolschewiki in Brest-Litowsk vertreten haben.

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF